

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2009

Ein Haushalt zur rechten Zeit! Nicht nur durch glückliche Umstände, sondern auch durch umsichtiges Handeln des Kämmerers ist diese Vorlage, die in außergewöhnlich kurzer Zeit beraten wurde, zustande gekommen. Als Erfolg des Kämmerers und seiner Mitarbeiter ist auch zu werten, dass nach der schwierigen Umstellung des Haushalts auf das NKF sich die Zuordnung der Haushaltspositionen stabilisiert hat und eine bessere Übersicht gewährleistet ist.

Dieser Haushalt für das kommende Jahr beruht allerdings auf Orientierungsdaten, die nach der Finanzkrise im Oktober Makulatur sein können. Vor allem die Erwartungen an hohe Steuereinnahmen im kommenden Jahr lassen den Haushalt ausgeglichen erscheinen. Auf bundes- und landespolitischer Ebene wird allerdings von CSU und FDP mit Forderungen nach Steuersenkungen kräftig an den Grundlagen unseres ausgeglichenen Haushalts gerüttelt.

Strukturell ist der Haushalt auch bei günstigen Einnahmen unausgeglichen, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um fast 4 Millionen €! Hinzu kommen die Risiken der von der Finanzwelt ausgelösten Wirtschaftsrezession.

Dennoch ist es sinnvoll, von den gültigen Daten auszugehen, denn wichtige und auch unaufschiebbare Projekte sind darin enthalten:

- Der von uns immer wieder geforderte Ausbau der Realschule mit notwendigen Klassenräumen und einer Mensa für die Übermittagsbetreuung.
- Kosten für die Offene Ganztagschule (noch 2004 vom Kollegen Klug als Mogelpackung verunglimpft).
- Eine Stelle für Schulsozialarbeit für die Pestalozzi- und die Erich Kästner-Realschule war nach hartem Ringen in der letzten Haushaltsberatung für August 2008 versprochen und wird jetzt mit 5 Monaten Verspätung verwirklicht.
- Soziale Stadt Vochem: Verbesserungen der Wohnungen, des Wohnumfelds und in den öffentlichen Angeboten.
- Ausbau des Schlossparkstadions – jahrelang hatten die Mehrheitsfraktionen das Phantom „Neubau eines Stadions“ verfolgt. Mit Hilfe eines Gutachtens hat der Bürgermeister die eigene Fraktion überrumpelt und einer langjährigen Forderung der SPD Rechnung getragen.

Dies sind alles neue Ausgaben, die dringend notwendig sind. Vor drei Jahren standen die **Einsparungen** einmal auf der Agenda – mit einem Gutachten, das man besser selbst eingespart hätte. Mittlerweile hat auch der Bürgermeister erkannt, dass eine Haushaltskonsolidierung nicht mit der „Brechstange“ von flotten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu erreichen ist, sondern nur gemeinsam mit den Mitarbeitern und betroffenen Gruppen. Dabei muss stärker darauf geachtet werden, dass auch bei geringfügigen Einsparungen die **Leistungen ehrenamtlichen Engagements** nicht abgewürgt werden. Kürzungen um wenige Hundert Euro können kulturelle oder sportliche Aktivitäten ernsthaft gefährden: Beispiele sind die von uns im letzten Jahr abgelehnte Sportstättengebühr und die kontinuierliche Kürzung der Zuschüsse an kulturelle Vereine und Träger des Brauchtums. Andere Traditionszuschüsse bleiben dagegen unberührt, auch wenn sie gar nicht als solche ausgewiesen sind. Eine Gleichbehandlung ist hier nicht immer gewährleistet.

Konfliktträchtige Maßnahmen und Projekte enthält der Haushalt nicht. Selbst die „großen Brocken“ wurden einstimmig vorberaten:

- Die **Übertragung des Betriebshofs an die Stadtwerke**: Dies sollte laut Krups-Gutachten und dem ursprünglich erklärten Ziel des Bürgermeisters und der Mehrheitsfraktionen ein Befreiungsschlag zur Sanierung des Haushalts und zur Senkung der Personalkosten werden. 35 betriebsbedingte Kündigungen standen bevor. Allerdings lässt sich das Ergebnis mit einem klassischen Sprichwort charakterisieren: „Es kreißen die Berge und geboren wurde ein Mäuslein“! Ein weiteres Gutachten ermittelte, dass der Betriebshof sehr effektiv arbeitet und nur eine geringe Rationalisierungsreserve zu entdecken war. Einsparungen durch so genannte Synergien mit den Stadtwerken werden von den Ausgaben für die Mehrwertsteuer in Höhe von 500000 €, die in dieser Konstruktion anfällt, aufgefressen. Nachdem jedoch die Verhandlungen mit dem Personalrat zufrieden stellend verlaufen sind und die Übertragung auch eine bilanzielle Stärkung der Stadtwerke bedeutet, können wir ihr zustimmen.
- Ganz anders verhält es sich mit der vom Kämmerer vorgeschlagenen Überführung des **Eigenbetriebs „Abwasser“ in den städtischen Haushalt**. Hier gibt es keine arbeits- und tarifrechtlichen Veränderungen. Die neue Organisationsform verbessert im NKF die Bilanz, das Eigenkapital und die Einnahmeseite der Stadt erheblich. Für die Bürger entstehen keine neuen Kosten oder höhere Gebühren. Wenn denn eine fachkundige Berechnung Vorteile ergibt, trägt sogar die FDP diese „Verstaatlichung“ mit.

Die Beurteilung, ob es nun mehr oder weniger **Stellen bei der Stadt** gibt, wird durch diese Verschiebungen unübersichtlich. Für uns Sozialdemokraten ist es grundsätzlich positiv zu bewerten, wenn Menschen sinnvolle Aufgaben für die Stadt Brühl und ihre Bürger erfüllen. Stellenabbau darf kein Selbstzweck sein.

Einen deutlichen Zuwachs an Stellen hat es im Bereich der **Kindertagesstätten** gegeben. Noch 1999 hatte dies die CDU bei der Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kindergartenplatz mit 3 Jahren heftig kritisiert. Die Gesetzgebung des Landes NRW unter dem Stichwort „KiBiZ“ hat die finanziellen Lasten des Ausbaus der Kinderbetreuung auf die Gemeinden und die Eltern übertragen. Der Effekt ist, dass in wohlhabenden Städten geringe Gebühren und in armen Städten hohe Gebühren von den Eltern genommen werden. Ein Vergleich mit den Nachbarge-

meinden im Erftkreis zeigt, dass Brühl die höchsten Gebühren für Kindertagesstätten im unteren und mittleren Einkommensbereich nimmt. In Zukunft müssen daher frei werdende Mittel – etwa durch geringere Kinderzahlen – für eine deutliche Senkung der Gebühren eingesetzt werden. Langfristiges Ziel ist eine Gebührenfreiheit. Eine andere zweifelhafte Auswirkung von KiBiZ ist, dass durch die neuen Abrechnungssysteme zahlreiche befristete Arbeitsverhältnisse entstehen. Diese Fehlentwicklung muss behoben werden.

Trotz der zahlreichen Angebote für junge Familien und zurzeit noch gut gefüllter Schulen kommt der „**demographische Wandel**“, die Änderung der Altersstruktur, auch auf Brühl zu. Teure Gutachten und aufwändige Konferenzen ändern daran nichts. Stattdessen könnte die Landesregierung unter Herrn Rüttgers die Blockade gegenüber der Einrichtung von Pflegestützpunkten (Beratungsstellen für Betroffene und Angehörige), die das Bundesgesetz ermöglicht, aufgeben. „**Barrierefreiheit**“ in unserer Stadt wurde in einem einstimmig beschlossenen SPD-Antrag als Ziel formuliert. Hier gibt es noch viel zu tun: Ausbau der Bushaltestellen, Umbau des Bundesbahnhofs. Auch die weitere Entwicklung des Öffentlichen Nahverkehrs gehört dazu, hier ist eine bessere Anbindung der neuen Baugebiete im Brühler Süden durch den endlich durchzuführenden zweigleisigen Ausbau der Linie 18 bis Schwadorf vorrangiges Ziel. Der Eindruck bleibt, dass dies **nicht sehr nachdrücklich vorangetrieben** worden ist. Weitere Projekte der Verkehrsregelung und der städtebaulichen Entwicklung hat der Bürgermeister vor sich her geschoben: die **Fußgängerzone Uhlstraße und Kölnstraße** ist für Alt und Jung ein gefährlicher Abenteuer-Parcours. Die Mehrheitsfraktionen können sich trotz mehrerer Anträge von SPD, Grünen und BVB nicht zu einer Schließung des Parkplatzes Janshof durchringen. Nur so kann der überflüssige Parksuchverkehr die belebte Fußgängerstraße entlasten. Dass ein **Investorenwettbewerb für den Belvedereparkplatz** wieder in die gleiche Sackgasse führt wie in den 80er Jahren, ist zu befürchten. Hier müssen wir zuerst das Parkplatzproblem im Norden der Stadt lösen, ehe ein Hotel oder Ähnliches gebaut wird. Die Bedingungen für die Ausschreibung müssen in den zuständigen Ausschüssen vorgelegt und gründlich diskutiert werden.

Die Idee, den **Flächennutzungsplan um neue Baugebiete im Brühler Süden** zu erweitern, muss kritisch mit allen Folgen überdacht werden: unsere Infrastruktur mit den überfüllten Kindergärten und Schulen im Brühler Süden kann zusätzliche Neubausiedlungen nicht verkraften! Die Frage ist auch, ob man dadurch nicht nur ein bevölkerungspolitisches „Strohfeuer“ erzeugt. Der Haushalt trifft allerdings hier noch keine Vorentscheidungen.

Trotz sehr unterschiedlicher Auffassungen über die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt ist festzustellen, dass **unser 2004 formuliertes Wahlprogramm mehreren Bereichen vollständig erfüllt** ist. Der Haushaltsentwurf 2009 enthält finanzielle Mittel für eine Reihe von Projekten, die wir jahrelang gefordert haben:

- Offene Ganztagschule
- Ausbau der Realschule
- Soziale Stadt Vochem
- Schulsozialarbeit
- Ausbau des Schlossparkstadions.

Die „Sozialdemokratisierung der CDU“ ist ja schon von vielen Politikwissenschaftlern diagnostiziert worden. Ohne unsere nachdrücklichen Forderungen wären diese Projekte allerdings kaum zustande gekommen.

Deshalb können wir diesem Haushalt zustimmen.

Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung möchte ich für die geleistete Arbeit danken. Auch dem Bürgermeister und allen Kolleginnen und Kollegen im Rat danke ich für die kontroversen, aber fairen Debatten in den Ausschüssen und im Rat.

Dr. Matthias Petran
(Fraktionsvorsitzender)